

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages, Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark, Einzelne Nummern 200 Mark, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574, Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungsteile 400 M., die 68 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M., unter Eingeliefert 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlstellen der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landeskulturdenkmäler, Jahresbericht und Rechnungsabgleich der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 86

Freitag, 13. April

1923

Der Vorschlag Hughes als Verhandlungsbasis.

Die Reparationserörterungen in Berlin.

Berlin, 12. April.

Der Reichskanzler empfing heute mit dem Reichsminister des Auswärtigen die Führer der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Gegenstand der Besprechung war die politische Lage. Die Aussprache ergab die volle Einigkeit der Fraktionsführer und ihre volle Über einstimmung mit der Regierung.

In der Konferenz vertrat der Reichskanzler darauf, daß die deutsche Regierung erst vor etwa vierzehn Tagen im Andwärtigen Ausschuß des Reichstages durch den Außenminister ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes anzunehmen. Dieser Vorschlag geht bekanntlich dahin, daß eine internationale Sachverständigenkommission die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und danach die endgültige Reparations summe festsetzen soll. H. Rosenbergs hatte sich damals im Namen der Regierung auch bereit erklärt, dieses Votum der Sachverständigenkommission als bindend anzunehmen.

Nachdem sich das Reichskabinett nach dieser Richtung hin festgelegt habe, könne es nunmehr sich nunmehr von sich aus eine bestimmte Summe nennen und damit seine bisherige Haltung ändern.

Küßner ließ sich zurzeit noch gar nicht ziffermäßig sagen, welche Auswirkungen die Ruhrbesetzung auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands habe. Auch über die Garantieleistung der Industrie sei schon wiederholt gesprochen worden, jedoch sich darüber, im Prinzip wenigstens, jedes weitere Wort zurück zu halten. Einmal sei von Frankreich noch die sogenannte Sicherungsfrage in die Debatte geworfen worden. An sich sei sie bereits eingehend im Versailles Friedensvertrag geregelt worden. Immerhin lasse sich auch darüber reden, sofern die uns vertraglich garantierte Souveränität und Einheit des Reiches und des Selbstbestimmungsrechtes seiner Teile nicht verletzt würde. Die Sicherung könne dann außerhalb des Vertrages auf dem Wege eines freiwilligen Abkommens erfolgen, wie wir es bereits im Dezember im sogenannten Rhein landpakt angeboten hätten.

In ähnlicher Weise hatte sich der Reichskanzler bereits vorgestern über das Reparationsproblem geäußert, als er in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Dr. Wagners die Vertreter der sämtlichen deutschen Gewerkschaften im Ruhrgebiet empfing, um einen Bericht über die gegenwärtige Lage entgegenzunehmen. Nachdem die Arbeiterführer hervorgehoben hatten, daß sie nach wie vor an der passiven Abwehr gegen die eingedrungenen Franzosen und Belgier festhalten würden, richteten sie ihrerseits die Frage an die Regierung, ob sie auch darauf bedacht sei, den günstigen Stand der passiven Abwehr nach außen hin politisch auszuwerten. Dr. Cuno gab eine bescheidende Antwort und betonte, daß das Kabinett auch weiterhin bereit sei, auf gleichberechtigter Grundlage Verhandlungen zu führen, sowie sich eine Möglichkeit dafür biete, das heißt: sowie die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Nächsten Montag wird v. Rosenbergs die Reichstagsaussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes voranschließend mit einer Rede einleiten, in der er den Standpunkt der Reichsregierung noch einmal klarlegen wird.

Vor Poincarés Rede.

Kloß in London.

Paris, 12. April.

Die Pariser Blätter der verschiedensten Partei richtung beklagen sich heute über die Unklarheit

der Regierungspolitik. Vor zwei Tagen habe man geglaubt, Poincaré habe einen Plan, aber nun sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß Poincaré in seiner nächsten Rede am Sonntag wieder in der schärfsten Form den Willen Frankreichs verstanden werde, den deutschen Widerstand zu brechen und die Ruhraktion

zum Erfolg zu führen. Zur Loucheur-Reise werde Poincaré erklären, diese sei nicht als Änderung der französischen Politik aufzufassen. Vertinay gibt heute die Regierungspolitik in den Worten wieder, bei den Verhandlungen in London habe es sich darum gehandelt, festzustellen, ob das englische Kabinett bereit sei, die französische

Forderung anzunehmen, daß die Befehung des westfälischen Industriegebietes bis zur vollständigen Zahlung der Reparationsforderungen ausgedehnt werden müsse. Vertinay gibt selbst zu, daß diese These für England nicht annehmbar ist, und erklärt schließlich, es wäre besser gewesen, wenn Poincaré noch länger geschwiegen hätte, aber die Reise Loucheurs mache es notwendig, daß dem englischen Kabinett Klarheit gegeben werde.

Wie Hayes aus London meldet, ist der ehemalige französische Minister Kloß gestern abend dort angekommen. Aber die Ziele seiner Reise, die von den Blättern mit der Reise Loucheurs in Zusammenhang gebracht und viel besprochen wird, ist nicht durchsichtig. Die belgischen Minister treffen morgen in Paris ein. Eine Prophezeiung über den voraussichtlichen Verlauf der Unterhaltung wird vermieden; es wird nur offiziell erklärt, daß die Beratungen am einem Tage beendet sein werden, und daß schließlich ein Kommuniqué über das Ergebnis zu erwarten ist. Indiscretionen sollen vermieden werden. Der „Temps“ ruft den belgischen Freunden bei ihrem Eintreffen die Mahnung zu, sie sollten daran denken, daß man „ein Pfand nicht für die Schatten einer Hoffnung aus der Hand geben“ dürfe. Die gut gemeinten Vorschläge, den Völkerverbund mit der Reparationsfrage zu beschäftigen, hätten keinen profunden Wert. Auch die Gerüchte über bevorstehende deutsche Vorschläge seien nicht ernst zu nehmen, solange die Reichsregierung nicht auf die Organisation des passiven Widerstandes verzichte (!). Die Minister Theunis und Jospar werden übrigens vom Bahnhof unmittelbar zum Ministerium des Auswärtigen fahren, wo folgende die Beratungen beginnen sollen. Auch Poincaré nehmen die Minister Le Trocquer, Maginot, Delafayette und Ribot an der Konferenz teil. Daß der Direktor der auswärtigen Politik am Drai d'Orsay, Beretti della Rocca an der Konferenz teilnimmt, ist selbstverständlich. Von einer Teilnahme Loucheurs wird nichts gesagt, doch wird es für wahrscheinlich gehalten, daß der Konferenz ein Bericht Loucheurs vorgelegt wird.

Der englische Handel im besetzten Gebiet.

London, 12. April.

Bei Beratung der Frage der Behandlung britischer Kaufleute im besetzten Deutschland erklärte der Präsident des Handelsamtes, die Franzosen hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die gleichen Bestimmungen und Abgabenpflichten im besetzten Gebiete angewandt werden sollten, wie sie vor der Befehung üblich waren. Alle Güter, die aus dem unbesetzten nach dem besetzten Gebiet und nach England gesandt würden, sollten bei der Durchfuhr durch das besetzte Gebiet von der Abgabe frei sein. Die Franzosen wünschten dem britischen Handel in Deutschland mögliche Erleichterungen zu gewähren. Das Interesse Englands liege darin, soweit wie möglich mit den Verbündeten zusammenzugehen. Der Minister fügte hinzu, daß der durchschnittliche Betrag des Handels zwischen Deutschland und England sich erheblich vermindert habe.

Neue Gewalttaten.

Münster, 12. April. In Dorsten hatten die Franzosen neuerdings nach den Niederlanden bestimmte Kohlenzüge an, so daß der Verkehr unterbrochen ist. Im Herne ist das besetzte Rathaus wieder geräumt worden. Auf der Bergwerksinspektion II in Gladbeck „beschlagnahmen“ die Franzosen 500 Mill. M. Kohlenzüge, die für die 3. Rhein-Aben bestimmt waren. Die Befehungsbehörde ist in den Aufstand getreten. — Da die Offener Zentralbahn fortgesetzt von den Franzosen für Transporte benützt wird, haben die

Die Verfolgung der Eisenbahner im besetzten Gebiet.

Die Protestnote der Reichsregierung.

Berlin, 12. April.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist folgende Note übergeben worden:

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat durch die Verordnungen 149 und 150 dem Oberbefehlshaber der interalliierten Besatzungsstruppen diktatorische Gewalt über die deutschen Eisenbahnen übertragen und unter völliger Ausschaltung der deutschen Reichsbahnverwaltung eine interalliierte Regie der Eisenbahnen des besetzten Gebietes eingerichtet, deren Leitung sie einem französischen Direktor und je einem französischen und belgischen beigeordneten Direktor unterstellt. Die neue Verwaltung soll besetzt sein, das bisherige Personal insgesamt oder im Wege der Eingelländigung zu entlassen.

Die Verordnungen werden damit begründet, daß die deutsche Regierung durch gewisse, unter angeblicher Befehung des Vertrages von Versailles und des Rheinlandabkommens an ihre Beamten erlassenen Befehle den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiete lahmgelegt und somit die Sicherheit und den Unterhalt der interalliierten Armee sowie der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete gefährdet habe.

Die deutsche Regierung muß den Vorwurf auf das entschiedenste zurückweisen. Die von ihr den Eisenbahnbeamten im vertraglich besetzten Gebiete erteilten Befehle lauten ausdrücklich dahin, daß alle von den alliierten Behörden in Abereinstimmung mit dem Rheinlandabkommen geforderten Militärtransporte für die Bedürfnisse der Besatzung in dem nach Maßgabe des Vertrages von Versailles besetzten Gebiete durchzuführen seien. Dagegen hat es die deutsche Regierung mit Recht abgelehnt, die deutschen Eisenbahnen und ihr Personal für solche Militärtransporte zur Verfügung zu stellen, die von der französischen und belgischen Regierung unter Verletzung des Vertrages von Versailles eingeleiteten Gewaltaktionen dienen sollen.

Nicht denfalls sind die Verleumdungen, unterbrechungen, Verunsicherungen, sondern die eingetretene Verdrückung der deutschen Eisenbahner von ihren Dienstposten mit Waffengewalt, durch unmittelbare Eingriffe französischer und belgischer Militärpersonen in den Betrieb, so daß jegliche Sicherheit für die Reisenden und das beförderte Gut aufhört, und durch die Zumutung an die deutschen Beamten, ihre Arbeiten unter militärischem Zwange zur Unterbrechung des rechtswidrigen Eindringens in deutsches Gebiet fortzusetzen. Den Beamten wurde in solchen Fällen nur die Wahl gelassen zwischen dem Verlassen des Dienstes und dem Verfall in eigenen Velle. Nachdem sie unter diesem Zwange den Dienst verlassen haben, wird behauptet, sie seien in den Streik getreten. Daraus wird der Vorwand für die Wegnahme aller für Ernährung und Kleidung bestimmten Geldbeträge abgeleitet. Durch Verdrückung mit Waffengewalt, Mißhandlung, Gefängnisstrafen und Zwangsarbeit sollen die Beamten gefügig gemacht werden.

Die Behauptung, daß bei Erlaß der neuen Verordnungen auch die Sorge für die Sicherheit

und Ordnung der Bevölkerung mit gesprochen habe, wirkt wie verächtlichster Hoß.

Die Bevölkerung der deutschen Rheinlande, die in unergründlicher Liebe zu ihrem Vaterlande gebuldig alle Leiden der Befehung trägt, weiß genau, daß die Sorge für ihre Existenz nicht mehr am Herzen liegt, als der deutschen Regierung. Die Bevölkerung wünscht, von den bisherigen Verdrückungen und Translokationen der Diskussion befreit zu werden. Aber sie behut es ab, daß eine fremde Macht ihre sonst nicht wahrnehmbare fürsorgliche Gesinnung durch Entlassung und Verdrückung der deutschen Vorgesetzten betätigt.

Alle angeführten Gründe sind, wie jeder Beobachter der Vorgänge am Rhein weiß, nur Vorwand, um das seit Beginn der Befehung von Frankreich ererbte Ziel zu erreichen, die Eisenbahnen in die Hand seines Militärs zu bringen.

Die jetzt getroffene Maßnahme reiht sich der Errichtung besonderer Verwaltung für die Zölle, die Forsten, das Eisen- und Kohlenwesen an. Er ist ein weiteres Glied in der langen Reihe der Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission, die alle gleichmäßig das selbe Ziel verfolgen, das Rheinland politisch, wirtschaftlich und administrativ vom unbesetzten Deutschland zu trennen.

Die neu eingerichtete Regie macht von der ihr vertraglich übertragenen Ermächtigung zur Entlassung des deutschen Personals mit äußerster Brutalität Gebrauch. Sie benützt sich nicht mit der Fleckenreinigung, sondern verdrückt die Beamten mit ihren Familien aus ihren Wohnungen. So sind allein am Morgen des 7. April in Reir 120 Eisenbahner mit Familien aus privaten Genossenschaftshäusern von bewaffneten Schützen mit Gewalt ausgetrieben worden.

An 500 Männer, Frauen und Kinder sind dadurch obdachlos auf die Straße gesetzt. Darunter befinden sich Wöchnerinnen und Säuglinge, auch 22 Kinder, die am nächsten Tage zur ersten Kommunion gehen sollten.

Schriftliche und mündliche Vorstellungen der Stadtverwaltung und der Regierung waren vergeblich. Auch der geringste Ausschub wurde verweigert.

Gegen diese neuen Gewalttaten und Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission legt die deutsche Regierung hiermit förmliche Verwahrung ein.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz ist gleichfalls beauftragt worden, der Interalliierten Rheinlandkommission eine Abschrift dieser Note zu überreichen.

Eisenbahnbeamten gehen den Bahnhof Reß-
flughafen-Süd verlassen. Die Jungmänner
haben den Bahnhof besetzt und dadurch die
Wartung der Strecke Reßflughafen-Süd-
Orten-Orten-Löschnitz-Gerleshausen bis Orten
vollendet, wodurch der Anschluß an die bisher
militärische Strecke in Reßflughafen-Ost er-
reicht ist.

Die Gehe Matthias Stinnes, auf der
vor einigen Tagen Schacht III und IV befehlt
wurden, ist nunmehr von den Franzosen
vollständig von der Außenwelt abge-
schlossen. Das Betreten der Gehe ist für
jedenmann verboten. Die Versorgung der
Stadt Gladbeck mit Gas von der Gehe ist
unterbrochen. Der belgische Ostkommandant
von Gladbeck hat sich beschwerend an die
französische Besatzungsbehörde gewandt. Die Un-
sicherheit in Gladbeck, die durch das Fehlen der
Polizei bisher sehr groß war, hat weiter
zugenommen. Zahlreiche Einbrüche und
Überfälle wurden in den letzten drei Nächten
verübt. Die Kohlenlieferung, die 1500
Männern zugute kommt, mußte wegen Mangels
an Gas eingestellt werden. In den Kranken-
häusern können keine Operationen aus-
geführt werden. Eine Abordnung der Stadt be-
gab sich zum General Dequoy, um gegen die
Besetzung der Gehe und die Unterbrechung der
Gasversorgung Einspruch zu erheben. — Nach
einer Blättermeldung aus Wiesbaden ver-
langten in einer Kirchfahrt am Nidderberge drei
betrunkenen Marokkaner Alkohol, der ihnen
verweigert wurde. Darauf bedrohten sie den
Wirt und die anwesenden Gäste mit ihren Seiten-
gewehren. Als sie von einem Schutzmännchen
und zwei Offizieren verhaftet werden wollten, stießen
sie mit ihren Bajonetten um sich, wobei der
15-Jährige alte Buchdrucklehrling Fritz durch
einen Stich getötet wurde.

Bauzwang in Ungarn.

Budapest, 12. April.
Der Volkswohlstaatsminister hat in der Natio-
nalversammlung einen Gesetzentwurf eingebracht,
durch den behufs Hebung der Wohnungsnot
alle Aktiengesellschaften und industriellen
Betriebe angehalten werden können, die zu
erschaffen sind, die Wohnungen zu räumen,
sonst für ein Fünftel ihrer Angekauften
Wohnungen bauen zu lassen. Sammelgen
wird eine Geldbuße bis zu zehn Millionen Kronen
auferlegt. Die auf diese Weise einlaufenden Be-
träge werden zu staatlichen Wohnungsbauwerken
verwandelt.

Französisch-tschecho-slowakisches Luft- schiffahrtsabkommen.

Paris, 12. April.
Zwischen Frankreich und der
Tschecho-Slowakei ist ein Abkommen
über die Luftschiffahrt abgeschlossen
worden, das Vereinbarungen und Erleichterungen
enthält, die beide Nationen sich gegenseitig beim
Rauf von Flugzeugen und Motoren geschuldet.
Das Abkommen soll auch der Kontrolle aus-
ländischer Konventionen sowie der Kontrolle
der ausländischen Luftschiffahrt dienen. Der
„Matin“ schreibt daraus, daß dieses Ab-
kommen der deutschen Luftschiff-
fahrt die Tore zur Tschecho-Slo-
wakei verschließen und daß der Aero
Klub, der neue deutsche Luft für Luftschiffahrt
eine Filiale in der Tschecho-Slowakei schließen

Wann. Das Abkommen gilt für drei Jahre
und erneuert sich ohne vorherige Ankündigung.

Vor einem norwegischen Beamtenstreik.

Christiania, 12. April.
Ein Ausschuss der Staatsbeamten zur Er-
örterung der Forderung hat sich mit der
Lage beschäftigt, die nach Bekanntgabe des Re-
gierungsvorschlages über die Forderungszulagen für
die Beamten entstanden ist. Die im Ausschuss ver-
tretenen Organisationen halten eine Urabstim-
mung über den Vorschlag der Arbeits-
niederlegung mit der gesetzlichen Frist bezug-
nehmend für unzulässig. Die Ab-
stimmung soll bis zum 30. d. M. beendet sein.
Für den Fall, daß sich eine Mehrheit für die
Arbeitsniederlegung ergibt, wird die Hauptleitung
über den Beginn des Streiks Bescheid lassen. In
der Versammlung wurde der Regierungsvorschlag
als Hohn gegen die Staatsbeamten bezichtigt.

Der englisch-russische Konflikt.

London, 12. April.
Neuter erzählt von gut unterrichteter Seite,
daß die Stellung der britischen Handels-
abordnung in Moskau immer noch von der
britischen Regierung erzwungen werde, daß bisher
jedoch keinerlei Beschluß darüber gefaßt wurde,
ob Hodgson mit seinem Stabe zurückgezogen
werden solle oder nicht. Ganz abgesehen von
der jüngst erfolgten Hintertreibung Butlewitsch und
der barbarischen Zurückweisung des Erzbischofs
Sprengel seien die zuständigen Stellen der Ansicht,
daß schon aus technischen Gründen die britische
Regierung vollkommen berechtigt wäre,
ihre Mission zurückzuziehen. Die Haltung
der Käterregierung gegen England sei
in letzter Zeit besonders unfreundlich gewesen.

Der Petroleumkrieg.

Das Chesterprojekt.
Der jährliche Kampf des ameri-
kanischen Finanzkapitals um die Welt-
erzeugung der Kohlequellen und
Verkehrsmittel der Welt hat einen
neuen Erfolg zu verzeichnen. Die türkische
Nationalversammlung in Angora hat,
wie wir vor einigen Tagen meldeten, mit über-
wältigender Stimmenmehrheit das sogenannte
Chesterprojekt angenommen, wonach
einem amerikanischen Konsortium der Bau der
Eisenbahn Smyrna-Angora-
Erzerum-Diarbekir sowie die Errich-
tung von Hafenanlagen übertragen wird.
Ferner ist nach einer Meldung der „Chicago
Tribune“ einer Gruppe von Amerikanern,
die ohne Zweifel mit der Standard Oil Com-
pany in Verbindung steht, eine Petroleum-
konzession in Mesopotamien bewilligt worden.
Die erwähnten Konzessionen bedeuten nicht
weniger als die Amerikanisierung Anato-
liens, da das amerikanische Kapital, das
schon ohnehin in Mesopotamien engagiert ist,
sich durch die Eisenbahn-, Hafen- und Petroleum-
konzessionen zum tatsächlichen Herrn des tür-
kischen Wirtschaftslebens machen kann.

Der Vorstoß des amerikanischen Kapitals hat
unverzüglich internationale Komplikationen nach
sich gezogen. Der französische Oberkom-
missar in Konstantinopel, General Péllet, hat
sogar gegen den Beschluß der türkischen
Nationalversammlung über den Chesterplan
Protest eingelegt, da er das Abkommen mit
Frankreich vom Jahre 1914 verlegt. Noch wich-

tiger jedoch erscheint die Stellungnahme
Englands zu den amerikanischen Konzessionen
in Anatolien, da durch sie die Ruffrage
erneut aufgerollt und zum Gegenstande
englisch-amerikanischer Auseinander-
setzungen gemacht wird. Bekanntlich hat die
Ruffrage bei den monatelangen Verhandlungen
auf der Orientkonferenz in Lausanne eine außer-
ordentlich wichtige Rolle gespielt, weil die Türkei
den englischen Anspruch auf die weitere Verwal-
tung des Mesopotamiengebietes von Mossul und zu-
gleich damit die englischen Konzessionen in diesem
Gebiete anspricht. Dieser Streitpunkt sollte nach
langwierigen Verhandlungen zwischen England
und der Angoraregierung nun dadurch aus der
Welt geschafft werden, daß er aus einer all-
gemeinen Regelung der Orientfragen heraus-
gehoben und zum Gegenstand eines beson-
deren Wirtschaftspaktes zwischen England
und der Türkei gemacht werden sollte. Nun ge-
wünscht die ganze Frage durch das Vorgehen des
Chesterkonzerns ein ganz anderes Gesicht. Jetzt
hat England bei der Regelung der Orientfrage
nicht nur mit den französischen Sonderinteressen
in Mesopotamien, sondern auch mit den weitgehenden
Aspirationen des amerikanischen Kapitals zu tun.
Der jährliche Kampf zwischen dem englischen
und amerikanischen Ölruß dürfte hier mit besonderer
Schärfe in die Erscheinung treten, daneben aber
auch der bisher brisante von der englischen Re-
gierung verfolgte Standpunkt, daß der Besitz der
Naphtaquellen in Mesopotamien für Großbritannien
nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von
militärisch-strategischer Bedeutung sei.

Wenn die Meldung des „New York Herald“
zutreffend ist, daß die amerikanische Regierung die Ab-
sicht habe, sich für die Tätigkeit des Chester-
konzerns in Mesopotamien unbedingt einzusetzen, so
kann auf der bevorstehenden Lausanner
Konferenz ein heftiger Kampf um die
anatolischen Konzessionen Amerikas
erwartet werden. Jedenfalls ist durch den
jüngsten Vorstoß des amerikanischen Finanz-
kapitals die Lage im Orient verwickelter ge-
worden. Die türkische Diplomatie hat zwar durch
die Annahme des Chesterprojekts wichtige wirt-
schaftliche Positionen ihres Landes dem ameri-
kanischen Kapital preisgegeben, sie kann aber nun
außer der russischen Karte, die sie in der Reserve
hat, und außer der französischen, die ihr bisher
schon unsichere Dienste geleistet hat, bei ihrem
Spiel gegen England auch die amerikanische
Karte auf den Tisch werfen.

Austrittsabsichten Kemal Paschas.

London, 12. April.
Gegenüber dem Vertreter einer Konstanti-
nopleter Zeitung hat sich Mustafa Kemal
Pascha nach den hier vorliegenden Presseberich-
tungen dahin geäußert, er habe die feste Ab-
sicht, sofort nach Unterzeichnung des
Friedensvertrags aus dem politischen Leben
zurückzutreten.

Japan hebt ein wichtiges Geheim- abkommen auf.

London, 12. April.
Wie aus Tokio gemeldet wird, hat der Kron-
rat das Abkommen Lansing-Tschi aus dem
Jahre 1917 aufgehoben, das in einer Art
Aufteilung Chinas unter Japan und die
Bereinigten Staaten bestand. In den Berei-
nigten Staaten war das Abkommen auf das
heftigste bekämpft worden. Der Beschluß des

Kronrats steht nur eine Ratifikation des aus
Anlaß der Washingtoner Konferenz über die
Flottenabrüstung unterzeichneten Vertrags dar.
An Stelle des Abkommens Lansing-Tschi wird
ein Abkommen treten, das schon seit längerer
Zeit zur Verhandlung steht und das die politische
und wirtschaftliche Unabhängigkeit Chinas besser
respektiert als das vom Jahre 1917.

Die chinesische Flotte hat sich der südhinesischen Republik angeschlossen.

London, 12. April.
Aus Shanghai wird gemeldet: Das erste
Geschwader der chinesischen Flotte,
das hier stationiert ist und aus einem Kreuzer
und vier Kanonenbooten besteht, hat sich in
einem Manifest für unabhängig von der
Regierung erklärt, und den Rest der
Kriegsflotte aufgefordert, sich der Revolution
anzuschließen. Das Geschwader hat sich somit
der südhinesischen Republik unter
dem revolutionären Führer Sunjatschong ange-
schlossen.

Reichstag.

881. Sitzung vom 12. April.
Die vor den Osterferien unterbrochene Be-
ratung des Staats des Ministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft wird
fortgesetzt.

Abg. Dr. Wofes (Soz.) fordert eine ent-
schiedenere Förderung der wissenschaftlichen
Forschungen auf dem Gebiete der Ernährung.
Das ganze Volk müsse am Ernährungsproblem mitarbeiten,
und den breiten Massen seien die notwendigen
Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zu liefern.
Bei der Beratung über die zur Förderung der
Binnen- und Seefischerei bereitgestellten
Mittel befragt

Abg. Horn (Soz.), daß die Ausfuhr deu-
scher Fische, trotz des bestehenden Verbots,
sich nicht steigern liege. Die Reichsregierung müsse für
strikte Innehaltung des Verbots sorgen. — Das
Haus schreitet dann zur Abstimmung über die
vielen Entschlüsse, die zum Etat vorliegen.
Angenommen wurde u. a. eine Entschlüsse, in
der Maßnahmen zur Verbilligung des
Brottes für die Bevölkerung mit niedrigerem
Einkommen und die Abkündigung der Kosten für
diese Maßnahmen auf alle leistungsfähigen Be-
völkerungsschichten verlagert wird. — Nach
Ablehnung aller anderen Entschlüsse zur
Erweiterung der Wirtschaft, in namentlicher
Abstimmung, mit 211 gegen 146 Stimmen folgende vom
Zentrum, den Demokraten, der Deutschen Volkspartei
und der Bayerischen Volkspartei eingebrachte Ent-
schlüsse angenommen:

Die Erhaltung des Bedarfs an Weizen-
trocken durch eine gebundene Wirtschaft ist nicht
mehr möglich. Von einer weiteren Getreide-
umlage muß daher abgesehen werden.
Die wirtschaftliche Sicherstellung einer für die
Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Pro-
duktionsmenge unter Mitwirkung der landwirt-
schaftlichen Organisationen, der Verbraucher-
vereinigungen, der Händler und der legiti-
men Handelskräfte ist erforderlich. Eine Ver-
billigung des Brotes für die breite Masse der Sozialschichten,
Erwerbslosen, Armenzulageempfänger und
der Hinterbliebenen zu erreichen ist, ist
in weitestem Umfange zu bewirken. Diese
Bemühung muß vor Beginn des neuen
Wirtschaftsjahres gezielte Schritte sein. Vorher
wird die Reichsregierung nicht aufgehoben
werden. Das Ernährungsprogramm der Reichs-
regierung für das Jahr 1923/24 ist mit größtmöglicher
Schnelligkeit voranzutreiben.
Mit 148 gegen 134 Stimmen wird die Reichs-
regierung aufgefordert, der Verdoppelung der

Neue Entdeckungen im Grab Tutankhamens.

Die neuesten Mitteilungen über die Arbeiten
in den Grabkammern des Königs Tutankhamen
weisen, daß dort ein scheinbares Laboratorium
entdeckt wurde, das unter der Leitung des
gelehrten Ägyptologen Dr. Lulofs steht. Der
Thronstuhl des Königs Tutankhamen, der reich
mit Gold eingelegt und mit herrlichen Spheren
in noch immer lebhaften Farben geschmückt ist,
lenkt vorerst die Aufmerksamkeit auf sich. Die
Spheren zeigen, wie die „Ägyptische Korre-
spondenz“ berichtet, den König im Augenblicke
einer Opferhandlung an Osiris, eine bildliche
Darstellung, die in den Begräbnissen der Phara-
onen viele Jahrhunderte lang traditionell
war. Das herrliche Bild befindet sich leider in
einem ziemlich schlechten Zustand, und es wird langer
Arbeits bedürfnis, um den Thron in prächtigen
Zustand wiederherzustellen. Die Befragung der
dreitausendjährigen Mollen ist außerordentlich
schwierig. Dr. Lulofs und seine Gehilfen arbeiten
tagelang daran, mit kleinen Wasserbälgen den
Jahresstaub aus dem Grab aus der goldenen
Ornamentik herauszublasen und an die
Stellen der petrefizierten Staubkörnchen eine
Lösung von Paraffinwachs und Benzol zu
spritzen, die zur Reinigung und zur Restaurierung
erforderlich ist. Es werden bei diesen und an-
deren Arbeiten arabische Eingeborene verwendet.
Das von dem soeben als „Opfer der Rache des
aus der Grabkammer aufgefundenen Königs Tutankhamen“
verstorbenen Lord Carnarvon gefundene
Sphären „Hapti“ entpuppt sich als eine
Amiaturpuppe des Königs Tutankhamen selbst
und wird von den Archäologen als das vom
archaischen Standpunkt wertvollste Bild unter
den Funden bezeichnet. Diese Figur des „Hapti“
oder des „Beamteten“ zeigt den Pharos in
der Rolle des Osiris. Noch eine andere hölzerne
Puppe in Menschengestalt wurde im Grab ge-
funden, über deren Bedeutung verschiedene Ver-

tionen umlaufen. Die richtige Erklärung scheint
auf einer Erzählung Herodots zu stehen, die von
großen Puppen spricht, die bei ägyptischen Ge-
logen mit den Worten den Hedera gezeugt wor-
den: „Schon dir ihn nur an und lasse es dir wach-
ergehen, denn nach dem Tode wirst du sein wie
er.“ Es kann wohl sein, daß man eine solche
Puppe dem König mit ins Grab gab.

Lieder-Abend. (Pauline Dobert.) Die
Sängerin hat sich hier bereits mit einem
Lieder-Abend eingeführt. Doch habe ich sie
damals nicht. Sie kommt aus Berlin,
und ist, wie man hört, Kusine von Gerhart. Eine
sympathische Sängerin, wie man feststellen darf.
Die Stimme (Weggsopra) hat Timbre, der Vor-
trag Wärme. Wird auch geschmackvoll beherrscht.
Mit einem gaumigen Willen der Höhe muß man
sich abfinden. Jedenfalls aber scheid man nicht
unbefriedigt an dem Abend aus dem Saal, zumal
auch die Vortragordnung interessanter konnte.
Sie bot durchgehend nordische Lieder und Ge-
sänge. Kaiser Krieg waren vertreten Sinding
und Herff. Alle drei mit ansprechenden Gaben.
Von Herff sollte die schmerzliche Abendstimmung
und Syntheses Lied durch nordische Färbung
besonders. Ein höchster und doch nicht banaler
„Reiter“ ist seine Liebespredigt. Man konnte sich
des durch eine tadellose Ausprache getragenen
Vortrags der Sängerin um so mehr erfreuen, als
er durch Dr. R. G. Wolffs feinsinnige Begleitung
in schönster Weise plastisch gefaßt und gehoben
wurde. Die Aufnahme der Sängerin war eine
sehr warme.

Reiz. Der Gesangverein der Ver-
beamten, wie auch sein Chorleiter Richard
Schöne streben künstlerischen Zielen zu, das be-
weist schon die Aufstellung der Vortragordnung,
die stets mit Geschmack an-gewandt ist. Diesmal
wurden vier ungleiche Chöre geboten, darunter
„Trost“ von Jürgens, und der wirksame russische
Bajepersang, bearbeitet von Rumpf. Die wahren
Schubert-Frauen schätzen es nicht, Lieber und

Chöre des Meisters, denen eine scharf bezeich-
nende Klavierbegleitung beigegeben ist, in einer
Orchesterbegleitung zu hören. Das gilt auch
von der ungemein poetischen Klavierstimme in
dem allbekanntem „Wunderfaher“. Man lasse sie
unberührt! Etwas anderes ist es bei der „Al-
macht“. Hier hat Franz Wigi gute Arbeit getan,
die allgemeine Gültigkeit hat. Der Chor war
mit Herff bei der guten Sache, machte sich aber
stellenweise zu schwer. Besonders beim „Wunder-
faher“ ist eine leichtschwingende, allenthalben
locker und lustig gehaltene Tongebung geboten.
Bei der „Almacht“ sang Frau Döllisch-
Groschmann (Stadtsoper) das Sopran solo, am
eindrucksfähigsten in der höheren Lage. Die Mit-
wirkung des Orchesters „Pharmakonie“
zeitigte neben den Begleitungen, so auch des
Klavierkonzerts in D-moll von Star (Fr. Mey)
noch zwei eigene Darbietungen: die „Festwe-
re“ von Lassen und den Kaiser-Parasch von
Richard Wagner. In diesen drei Stücken be-
währte Klaviermeister u. D. Max Ruff seinen
Ruf als geistlicher Orchesterführer.

Die Anklagen gegen Direktor Will. Die
Mitglieder des Reichsder Schauspielhauses
in Dresden verurteilen eine Reportage von
schweren Verfehlungen ihres bisherigen Direktors
Paul Will, aus denen sie den Vorwurf künst-
lerischer Unfähigkeit und moralischer
Unzuverlässigkeit ableiten. Treffen die er-
höhen Anklagen zu, dann muß man es geradezu
erschauern finden, daß es diesem Herrn bis heute
gelungen ist, sich allen Anschuldigungen zum Trotz
bis heute in seiner Stellung als Leiter eines groß-
städtischen Kunstinstituts zu behaupten.

Das ganze künstlerische Personal des Reichs-
der Schauspielhauses hat gegen die Entlassung
des Direktors Will auf das ent-
scheidendste Verwahrung eingelegt. Gleichzeitige
hat das Präsidium der Genossenschaft deutscher
Schauspieler — das übrigens im Genossin-
schaftsorgan „Der neue Weg“ vor dem Abschluß
von Anstellungsverträgen mit Direktor Will

warn — bei der Kreishauptmannschaft Dresden
gegen Will ein Verfahren auf Konfiskation
eingelegt. Der erste Termin
findet Freitag, den 20. April, vormittags 10 Uhr
in Form einer öffentlich mündlichen Verhand-
lung statt.

Die Niederlegung der Waffentruhe zwischen
Kathedrale. Der großartige Prunk der russi-
schen Kathedrale in Warschau ist dem hoch-
geschwellten polnischen Nationalgefühl ein pein-
liches Anklage; denn dieses Ruinenstück erinnert an
die den Polen heute so verhaßte russische Herr-
schaft. Wie im „Manchester Guardian“ berichtet
wird, hat die polnische Regierung nunmehr be-
schlossen, dieses geschichtlich wie künstlerisch gleich
bedeutende Denkmal, das außerdem einen gewalti-
gen materiellen Wert darstellt, niederzuliegen,
„als Sinnbild des Verschwindens der alten russi-
schen Gewalt“. Die ersten Schritte zur Zerstörung
der Kathedrale sollen mit besonderer Feierlichkeit
am 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag,
unternommen werden.

Theaternachrichten. Sächsischer Staatstheater.
Schauspielhaus. Die Abonnementen des Schau-
spielhauses werden darauf aufmerksam gemacht,
daß die Frist zur Einlösung der Abonnementen für
den vierten Teil der Spielzeit 1922/23 am
Sonntag, den 14. April nachmittags
2 Uhr an der Kasse des Schauspielhauses abläuft.
Reichsder Schauspielhaus. Morgen,
Sonntag, wird „Liebeslied“, Sonntag abends
„Die Wallerina des Königs“ aufgeführt.
Sonnenabende in der Werkstatt, nachm.
6 Uhr. Mitwirkende: Der Kreuzer, Marie
Thieme (Sopran). Orgel: Kirchenmusikdirektor
D. Pfannkuch. Leitung: Johannes Räder, hiesiger
Chorleiter (i. V.).

Galeries Arnold. Sonderausstellung Walter
Jacob, Gemälde, Aquariele und Zeichnungen aus
Oberbayern und Lausitz. Ferner ältere Zeich-
nungen von Menzel, Schwind, Spitzweg, Tübner
u. a. Täglich geöffnet von 9 bis 5 Uhr. Son-
ntag geschlossen.

Kommerzialrat Dr. Schumann der Ise Bergbau A.-G. ...

Bund der technischen Beamten und Angestellten.

Der Bund der technischen Beamten und Angestellten ...

Bezirksversammlung.

In der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft ...

Leitenden Einrichtungen der Gesellschaft, wie ...

Offene Stellen für Lehrer.

Auf Grund des Ges. vom 27. Mai 1918 ...

Leipzig. Der Rechtsanwalt Max Heipern ...

Leipzig. Der Rechtsanwalt Max Heipern ...

Weltmarktpreise vielfach um ein Erhebliches ...

Bischofswerda. Der neue städtische Haus ...

Geier. Für die Wahl der unbesoldeten ...

Großschönau. Die Errichtung einer Volk ...

Ramenz. Hier kam es zu einer Erwerb ...

Vom Landtage.

In der heutigen Sitzung setzte der Landtag ...

Tageschronik.

Ustetia und Genossen. Eine gemeinschaftliche, weitverbreitete ...

gegen nicht weniger als 152 Angeklagte ...

Von 15 Staatsanwaltschaften gesucht.

Eine Hochkaplerin, die in zahlreichen ...

Luftpost Hamburg-Kopenhagen.

Vom 16. April an verkehrt wöchentlich ...

Devisenkurse. 13. April.

Table with columns for location, unit, and rate. Includes entries for London, Paris, etc.

Landeswetterkarte. (13. April.)

Treiben: Höhe 110 m. Min. 6.1. Max. 21.3 ...

Die Reklamestraße der Zugang zum neuen Dresdner STADION. Includes logo and contact info for LEUTERT & SCHNEIDEWINDA-GUNSTANSTALT.

Donnerstag 1/8: Der fliegende Holländer. Freitag 1/8: Maja. Sonnabend 1/8: Joseph in Ägypten.

Sonntag nachmittags 1/4 11 Uhr (ermäßigte Preise): Die Vollernter. Sonntag 1/8: Die deutsche Kleinfelder.

Sonntag nachmittags 1/4 11 Uhr (ermäßigte Preise): Die Vollernter. Sonntag 1/8: Die deutsche Kleinfelder.

Aus Sachsen. Sammelausträge im Postfachverkehr. Wiederannahme des Personenverkehrs auf der Elbe.

Beamtenanwärter für die Steuerabteilung gesucht. Tageskalender. Staatstheater. Ehrenhaus.

Revisorausschuss der Bergrevier Freiberg. Tageskalender. Staatstheater. Ehrenhaus.

Familiennachrichten. Serlob: Hr. Buchhändler Curt Köhler mit Fr. Anna Marie v. Wapdorf in Dresden.

Volkswirtschaft und Handel.

Die Wiederrückführung der deutschen Lebenshaltung.

Eine unmittelbare Folge des Krieges und des beschränkten Vorrats ist die erhebliche Senkung der deutschen Lebenshaltung unter die der Vorkriegszeit. Ein jeder spürt am eigenen Leibe, wie die kostwertigen Lebensmittel zu Luxuswaren geworden sind, welche die Arbeiterklasse und die noch mehr verarmten Kleinrentner sich meist nicht mehr leisten können. In den reichlichen Bezugsungen des Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel kommt diese Tatsache noch stärker zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden für den Kopf der Bevölkerung 2,40 kg Eier eingeführt. 1922 hatten wir einen Überfluß der Nachfrage über die Einfuhr an Eiern. Der Einfuhrüberschuß von Butter ist von 0,8 kg auf 0,01 kg, also den 80. Teil gesunken. Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge des Niederganges der Waise, war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zufuhren aus dem Ausland zu ergänzen.

Dem entspricht auch die Fleischverzehrung, wenn man sie nach dem Schlachtwicht der beschafflichen Schlachtungen vor und nach dem Krieg betrachtet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

Table with 3 columns: Year (1913, 1921, 1922), Meat (Rindfleisch), Pork (Schweinefleisch), and Poultry (Gammelfleisch). Values are in kg per head.

Im Jahre 1922 insgesamt ein Rückfall von 10 100 000 kg oder 42% der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Fleischverbrauch aus Einfuhrüberschuß, beschafflichen und anderen Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 kg gegen 49,0 kg im Jahre 1913 und weist damit eine Abnahme um 15,9 kg oder 32,5% auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gesunken ist. In den Städten mit überwiegender Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.

Nach der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege standen an Weizengetreide 0,3 Mill. t und etwa 0,5 Mill. t Roggen und Speltz zur Verfügung. Im Jahre 1921 aber waren nur 6,3 Mill. t Roggen und 4,8 Mill. t Weizen und Speltz nach den statistischen Ermittlungen verfügbar. Das deutsche Volk verbrauchte also 27% über ein Drittel weniger als in 1913/14 des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes. Noch ungünstiger ist das Bild bei Kartoffeln, deren Verbrauch von 1913 auf 1921/22 sogar um 51% zurückgegangen ist. Dies ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1922 eine wesentlich bessere Ernte gebracht hat, daß aber auf der anderen Seite infolge der zurückgebliebenen Einfuhr von Futtermitteln der Verbrauch von Kartoffeln für die tierische Ernährung, welcher der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teile verloren geht, erheblich zugenommen hat.

Die Folge dieser Verarmung ist, daß das

deutsche Volk jetzt einfache Genussmittel kaum noch kaufen kann. So ist der Verbrauch an Kaffee, an Bier und ähnlichen Genussmitteln ganz erheblich gesunken.

Die Einrichtung von Goldmarkkonten bei den Sparkassen. Nachdem die vorbereitenden Verhandlungen im Deutschen Sparkassenverbande ergeben haben, daß bei den öffentlichen Sparkassen die Bereitwilligkeit besteht, den fast gesunkenen Sparkassen in der Bevölkerung durch Einführung sogenannter wertheländiger Sparkonten auf neue zu beziehen, ergeht der preussische Minister des Innern für die Einführung und Führung von Goldmarkkonten bei den öffentlichen und unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen eine Reihe von Vorschriften, aus denen der Künftige Verleiher ersichtlich ist: Gegenstand des wertheländigen Sparkonten ist eine Rechnungseinheit, Goldparmark genannt. Eine Goldparmark ist gleich 1/100 Dollar nach dem jeweiligen amtlichen Kurse der 6%igen Zollanleihe des Deutschen Reiches an der Berliner Börse unter Zurechnung des im Laufe des Jahres zu zahlenden Zinseszinses von 6%. Einzahlungen, Rückzahlungen und Verzinsung von Goldparmarkkonten erfolgen in deutscher Papiermark. Die Konten sind beschränkter Papiermarkkonten in Goldparmarken zu zahlen. Die Sparkasse soll in der Regel Goldparmarkkonten nur annehmen, wenn der Sparere neben dem für das Goldparmarkkonto einzuführenden Wertbetrage ein bestimmtes Mindesteinkommen gleichzeitiges Gehaltens auf Papiermarkkonto bereits besitzt oder zu empfangen wird. Die Sparkasse ist in jedem Falle berechtigt, die Annahme von Goldparmarkkonten abzulehnen. Die Rückzahlung von Goldpar-

marken erfolgt nur unter Einhaltung eines mindestens einmonatigen Kündigungsfrist gefordert werden. Die Kündigung erfolgt am Jahreschluß, sofern sie vom Einleger innerhalb einer Woche vorher angefordert wird; andernfalls werden die Zinsen dem Papiermarkkonto zuzurechnen. Von einer besonderen Verbrieflichung für Goldparmarkkonten ist abzusehen.

Zur Ermäßigung der Stahl- und Walzpreise. Die Preise für Rohstahl und Walzstahl, die am 9. Februar ihren Höhepunkt erreicht hatten, sind seither verschiedentlich ermäßigt worden. Und zwar zum erstenmal am 14. Februar um etwa 11,12%, zum zweitenmal am 21. Februar um 11,93% und zuletzt am 1. April, im Anschluß an die Ermäßigung der Kohlenpreise, um annähernd 3%. Die heutigen Preise stellen sich nunmehr im Vergleich mit den höchsten Preisen vom 9. Februar, wie folgt:

Table comparing prices of various goods (Stahl, Eisen, etc.) on Feb 9 and April 1. Columns include item name, price on Feb 9, and price on April 1.

Der Eisenpreis in Thomas ist demnach seit dem 9. Februar annähernd insgesamt um 24,7% gesunken worden.

Breiden Kurse vom 12. April.

Table of exchange rates for various currencies and commodities like gold, silver, and wheat.

Verkehrs- und Wechselkurse.

Table of exchange rates for various banks and locations like Leipzig, Dresden, and Chemnitz.

Städtische Anleihen.

Table of municipal bonds from various cities like Leipzig, Chemnitz, and Dresden.

Staatliche Anleihen.

Table of government bonds including Reichsanleihen and other state securities.

Gewinnliste der 3. Ziehung 5. Klasse 182. Zähl. Landeslotterie.

10 000 000 auf Nr. 3149 bei Herrn Otto Waldbaus in Weid Schandau i. Sa., 5 000 000 auf Nr. 74708 bei Herrn Martin Kaufmann in Leipzig.

2 000 000 auf Nr. 55233 bei Herrn Ferdinand Schlegel in Riesa a. Elbe, 200 000 auf Nr. 15473 bei Herrn Arno Forberger i. Sa. u. P. Forger Nachf. in Leipzig, 100 000 auf Nr. 6306 bei Herrn Holopf Heper in Zimmern i. Sa., und Paul Stark in Dresden, 100 000 auf Nr. 30900 bei Herrn Albin Richterfeld in Obernou i. Sa.

Large table of winning numbers for the 5th class lottery, listing numbers and their corresponding prizes.

Large table of winning numbers for the 5th class lottery, continuing the list of numbers and prizes.

Large table of winning numbers for the 5th class lottery, continuing the list of numbers and prizes.

Large table of winning numbers for the 5th class lottery, continuing the list of numbers and prizes.

Zur Glückwünsche verbleiben nach heute benötigter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 Gewinn zu 5 Millionen, 5 zu 1 Million, 1 Gewinn zu 2 Millionen, 4 zu 1 Million, 6 zu 500 000, 8 zu 200 000, 18 zu 150 000, 28 zu 100 000, 48 zu 80 000, 64 zu 50 000, 88 zu 40 000, 186 zu 30 000.